

MEDIENMITTEILUNG

Thun, 31. Oktober 2016

UNO-Menschenrechtsrat als Feigenblatt

Mit der Abwahl Russlands aus dem UNO-Menschenrechtsrat am 28. Oktober 2016 und der gleichzeitigen Wiederwahl von Staaten wie Saudi-Arabien und China wird die Feigenblatt-Funktion dieses Gremiums einmal mehr deutlich. Die EDU Schweiz fordert den Bundesrat auf, diese Funktion nicht weiter zu legitimieren und die Menschenrechtspolitik nicht anderen Interessen zu opfern. Auch darf die Schweiz die anti-israelische Politik dieses Gremiums nicht mittragen.

Die Mitgliedsstaaten des seit 2006 bestehenden UNO-Menschenrechtsrates verpflichten sich gemäss UNO-Angaben „den höchsten Ansprüchen auf dem Gebiet der Förderung und des Schutzes der Menschenrechte gerecht zu werden“. Wie leer dieser Selbstanspruch ist, zeigen folgende Fakten:

Zu den 47 bisherigen Mitgliedsstaaten gehören Staaten wie Nigeria, Kuba, Venezuela, China, Katar, Saudi-Arabien, die ebenfalls islamistischen Malediven, Russland, und auch die Schweiz. Gewählt sind sie durch die UNO-Vollversammlung nach regionalen Kontingenten, und für jeweils höchstens zwei aufeinanderfolgende Perioden von je drei Jahren.

Da die Wahlen gestaffelt durchgeführt werden, waren jetzt 14 Mitglieder neu oder wieder in geheimer Wahl zu wählen. Die Wiederwahl geschafft haben unter anderem Saudi-Arabien, Kuba und China.

Ins Rats-Büro haben es in den zehn Jahren schon für flagrante Menschenrechtsverletzungen bekannte Länder wie Kasachstan, die für die verbreitete Sklaverei bekannte Islamische Republik Mauretanien, die Malediven und Kuba geschafft. Als Mitglied des Rats suspendiert wurde bisher einzig Libyen im Jahr 2011.

Genau 100 Staaten konnten bisher Einsitz nehmen im Menschenrechtsrat. Israel fehlt auf dieser Liste. Israel hatte im Jahr 2006 in der UNO weitsichtig gegen die Gründung dieses Rats gestimmt.

Die skandalöse Feigenblatt-Funktion dieses Gremiums wird auch dadurch deutlich, dass es bis 2015 mehr Resolutionen gegen Israel ausgesprochen hat als gegen alle anderen Länder zusammengezählt. Leider ist dabei auch das Abstimmungsverhalten der Schweizer Vertretung bedenklich.

Im den Jahren 2011 bis 2015 bezahlte die Schweiz über 490 Millionen Franken an die UNO, die UNO-Sonderorganisationen nicht eingerechnet. Die EDU setzt sich gegen Ausgaben von Schweizer Steuergeldern zugunsten von Feigenblatt-Gremien und anti-israelischer UNO-Politik ein.

Für weitere Auskünfte:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37
Alt Grossrat Martin Friedli, GL-Mitglied, 079 848 97 96

EDU Schweiz

Zentralsekretariat / Secrétariat central, Postfach 43, 3602 Thun, Tel. 033 222 36 37, Fax 033 222 37 44
PC 30-23430-4, www.edu-schweiz.ch, info@edu-schweiz.ch